

AUSSENANSICHT

Kipppunkte für das Klima

WOLFGANG FEINER
Umweltschützer

Wer hätte nicht gern jene fulminante Verteidigungsrede des Sokrates in Athen gehört? Oder heimlich Cäsars und Kleopatras berühmtes erstes Rendez-vous beobachtet? Mit eigenen Augen die Krönung Karls des Großen gesehen? Wer hätte nicht gern mit Kolumbus seinen Fuß auf neuen Sand gesetzt oder Luther beim Thesenanschlag über die Schulter geschaut? Dürer, Beethoven, Goethe kennengelernt? Wer hätte nicht gern der ersten Eisenbahnfahrt, dem ersten Flug persönlich beigewohnt? Alles Zeiten, Ereignisse, Wendepunkte, die Kontinente oder auch die ganze Welt verändert haben!

Aber es gibt eine Zeit, die wichtiger ist als alle die genannten zusammen, eine Dekade der Entscheidung über Wohl und Wehe der gesamten Menschheit: Es ist genau die Zeit, in der wir jetzt gerade leben: Bis 2030 entscheidet sich, ob wir die Welt unwiderruflich zu einem Ort machen, an dem es sich kaum mehr gut leben lässt, zu einer Welt, wie sie vorher noch nie eine Menschengeneration erlebt hat und wie sie danach alle Generationen durchleben werden müssen; denn es wird in der Klimakrise keinen Weg mehr zurück geben in eine normale Welt, in ein normales Leben.

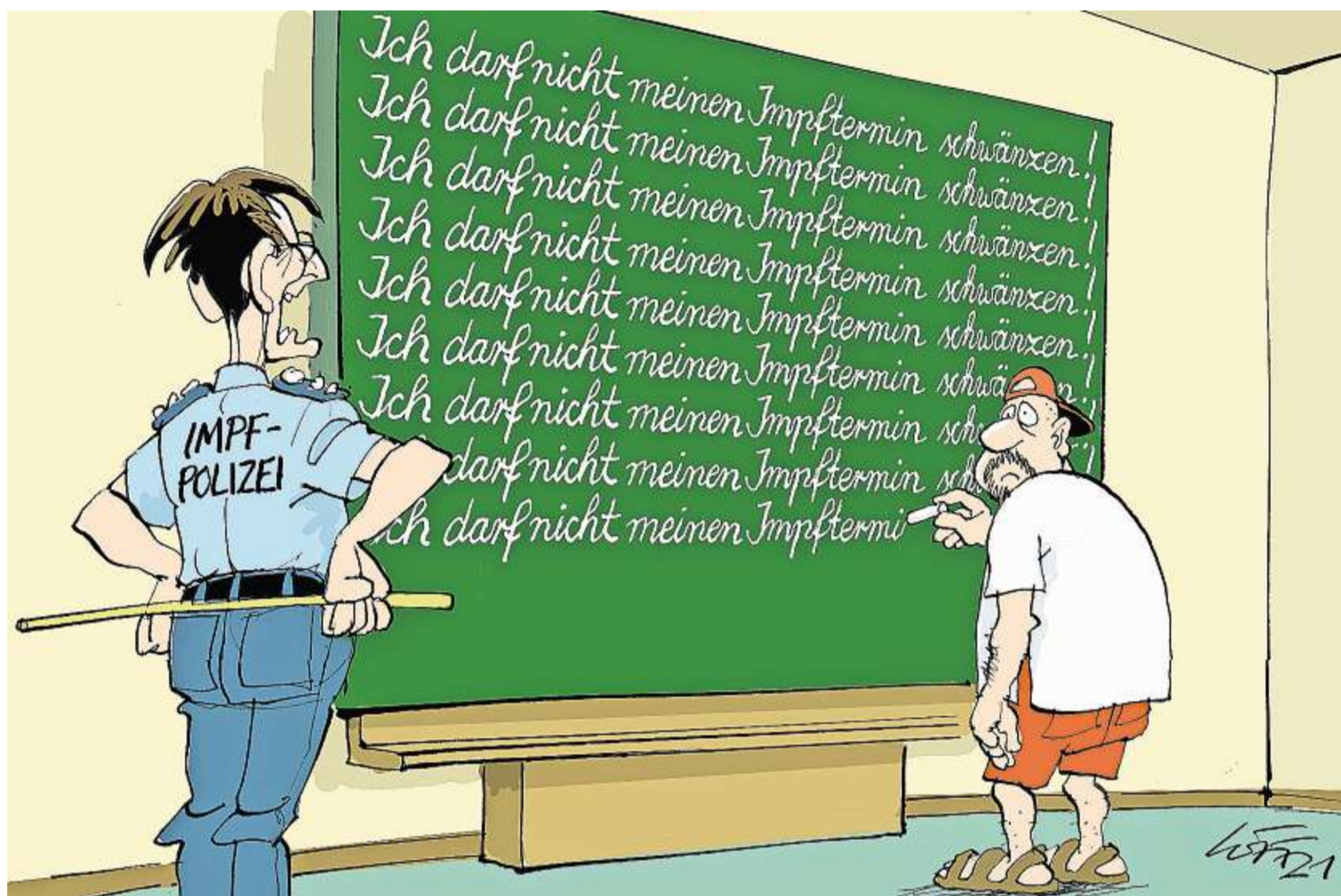
Wir überschreiten gerade Klimakipppunkte: Vor wenigen Tagen wurde berichtet, dass der gewaltige, teils kilometerhohe Eispanzer Grönlands, einer unserer wenigen Schutzschilde gegen die Klimakatastrophe, wohl nicht mehr zu retten ist, dass wir vermutlich bald auch die Arktis verlieren werden. Dann wird die Erde nie mehr so sein, wie sie bisher immer war, und die menschliche Zivilisation, wie sie sich in Jahrtausenden aufgebaut hat, wird so nicht mehr existieren. Die Klima-Uhr tickt schnell und die Zeit läuft, sie fliegt uns geradezu davon. Was hindert uns eigentlich daran, in dieser Situation, in der die Zukunft des Planeten auf des Messers Schneide steht, machtvoll für das Richtige einzustehen? Die Lösung für alle Probleme steht am Himmel: Die Sonne schenkt uns gratis das Mehrtausendfache der Energie, die wir für Strom, Verkehr und Wärme brauchen. Wir müssen das Geschenk nur annehmen und die Dächer mit PV-Anlagen füllen.

In hundert, in tausend Jahren werden die Augen der Menschen auf unsere Zeit gerichtet sein, das Jahrzehnt, in dem wir alles entscheiden, ob zum Schlechten oder zum Guten.

AUTORENINFORMATION

Der Autor (Foto: Karin Kemmeter) ist als Umweltschützer bei Greenpeace Regensburg aktiv.

Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.



„Weiter, weiter! Hundert Mal hab' ich gesagt!“

KARIKATUR: LUFF

LEITARTIKEL

Verwirrspiel für Reisende

TOURISMUS Wer im Urlaub ins Ausland will, muss sich auch in Europa ständig neu informieren, ob seine Pläne noch realistisch sind. Mit dem zermürbenden Hin und Her der Corona-Politik muss Schluss sein.

JAN EMENDÖRFER
Hauptstadt-Korrespondent
des Redaktionsnetzwerks
Deutschland

Kennen Sie den Unterschied zwischen Risiko-, Hochrisiko-, Hochinzidenz- und Virusvariantengebiet? Wenn nicht, ist es nicht so schlimm, denn die Dinge sind ja ständig im Fluss, vor allem für diejenigen, die eine Reise planen.

Als es in Deutschland mit dem Impfen gegen Covid-19 so richtig vorwärtsging, sah es nach einem unbeschwernten Reisesommer aus. Doch mit der Ausbreitung der Corona-Delta-Variante in Europa wuchs die Sorge vor einem Rückfall auch hierzulande und die zuständigen Stellen zogen die Bremsen wieder an. Der härteste Fall war die plötzliche Einstufung Portugals als Virusvariantengebiet, was viele Reisende kalt erwischte, denn sie erfuhren erst vor Ort, dass sie bei der Rückkehr 14 Tage in Quarantäne mussten mit allen Folgen für Arbeits- und Privatleben.

Um die Virusausbreitung einzudämmen, haben die 27 EU-Mitgliedstaaten von Anfang an verschiedene Maßnahmen ergriffen, die dem Schutz dienen, aber auch Folgen für Wirtschaft und Bürgerrechte hatten. Der freie Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen ist eine der wertvollsten Errungenschaften der EU. Die Einschränkung der Freizügigkeit ist von den meisten Bürgern relativ klaglos hingenommen worden. Aber wer Einsicht in die Not-

wendigkeit erwartet, muss auch für Transparenz, Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit sorgen. Doch daran mangelt es bis heute.

Beispiel EU-Reiseland Bulgarien: Seit 1. Juli ist das Ausland in drei Zonen aufgeteilt: Urlauber aus Deutschland und Österreich haben Glück, denn sie gehören in die grüne Zone und dürfen – geimpft, getestet oder genesen – ohne Quarantänepflicht ans Schwarze Meer. Menschen aus der roten Zone – etwa Indien oder Südamerika – dürfen derzeit gar nicht einreisen. Beispiel Nachbarland Tschechien: Aus Sorge vor der Delta-Variante wurden jetzt für Touristen aus Russland, Südafrika und Tunesien die Grenzen ganz geschlossen. Deutschland dagegen lockert ab Mittwoch die Einreisebeschränkungen für Portugal, Großbritannien, Nordirland, Russland, Indien und Nepal wieder. Diese Länder werden vom Virusvariantengebiet zum Hochinzidenzgebiet herabgestuft. Obwohl „hoch“ eigentlich dramatischer als „Variante“ klingt, ist damit die Einreise nach Deutschland



Europa braucht ein vorhersehbares Handeln, wenn es die Bürger im Kampf gegen Corona mitnehmen will.“

wieder für alle Personen mit allen Verkehrsmitteln möglich. Von einer einheitlichen EU-Regelung kann da keine Rede sein.

Hinter diesem Schritt steckt offenbar die Einsicht, dass „Delta“ nicht mehr aufzuhalten beziehungsweise nun auch schon in Deutschland weit verbreitet ist. Und es geht ja nicht nur um Urlaubsfreuden, sondern auch um handfeste wirtschaftliche Interessen. Die deutsche Industrie schreit gerade auf, dass die USA ihre Einreisebeschränkungen für die EU aufrechterhalten, während Europa diese für Amerikaner längst gelockert hat. Das ist eine Ungleichbehandlung, die nicht nachvollziehbar ist. Nun ist Amerika gewiss ein Sonderfall, doch der Einreisestopp gilt seit 16 Monaten und die Inzidenz liegt hierzulande inzwischen deutlich niedriger als beim einstigen Impfprimus USA. Auch an dieser Stelle dürfen Europäer erwarten, dass Europa mit einer Zunge spricht. Aber wenn schon die innereuropäische Koordination nicht gelingt, wie soll dann ein einheitliches Bild nach außen entstehen.

Europa braucht ein gut abgestimmtes, vorhersehbares und transparentes Handeln, wenn es die Bürger im Kampf gegen Corona mitnehmen will. Es braucht einen Konsens, wenn die Menschen motiviert werden sollen, aktiv mitzumachen und sich zum Beispiel impfen zu lassen. An dem Punkt stoßen momentan auch die USA an ihre Grenzen und haben noch kein probates Mittel gefunden. In Europa sieht es nicht besser aus.

» HIN UND HER BEI REISEREGELN IRRITIERT
Die Berichterstattung zum Leitartikel SEITE 2

PRESSESTIMMEN

De Telegraaf

Die Zeitung aus Amsterdam zu den Corona-Reiseregeln in der EU:
„Die EU hatte Monate Zeit, um die Urlaubssaison zu organisieren. Zwar wurde der Corona-Pass in letzter Minute noch eingeführt, aber klare Einreiseregeln gab es nicht. Das ist eine verpasste Chance, Klarheit zu schaffen. Niederländer, die bereits auf Reisen sind, werden so gut wie nie kontrolliert. Das erhöht zwar den Urlaubsspaß, aber auch die Sorge um die Rückkehr des Virus.“

SÜDKURIER

„Jede Partei hat ihren Donald Trump. Bei der CDU heißt er Hans-Georg Maaßen.“

DIE ZEITUNG AUS KONSTANZ
ZU MAAßEN

Neue Presse

Die Zeitung aus Coburg zur Impfflaute:
„Was vor wenigen Wochen unvorstellbar war, ist heute Realität. In den Impfzentren bleiben reihenweise Termine ungenutzt, Arztpraxen suchen händeringend Impfwillige. Bayern hat die Impfflaute erfasst – das ist keine gute Nachricht. Denn wer sich jetzt nicht impfen lässt, darf sich nicht wundern, wenn wieder Kontaktbeschränkungen kommen und Einrichtungen geschlossen werden.“

WESER KURIER

Die Zeitung aus Bremen zur Pressefreiheit:
„In China, Weißrussland oder Syrien ist Pressefreiheit bekanntlich ein hohles Wort. Dass jetzt mit Ungarn aber auch ein EU-Land in die von „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlichte Liste der „Feinde der Pressefreiheit“ aufgeführt wird, zeigt: Es geht schnell, dieses demokratische Grundrecht zu schleifen. Viktor Orban hat es geschafft – und sitzt jetzt fester im Sattel denn je.“

Allgemeine Zeitung

Die Zeitung aus Mainz zu Laschet und Maaßen:
„Laschet hat auf eine Integration Maaßens gesetzt, offenkundig in der Hoffnung, die rechte Flanke der Partei abzusichern. Nur wird sich Maaßen als thüringischer CDU-Direktkandidat keineswegs dem großen Ganzen unterwerfen. Er wird ein Zünder bleiben, der die Grenzen der Union nach rechts auslotet. Und er wird damit die Werte der Merkel- und Laschet-CDU infrage stellen.“